

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/19

28. Januar 1974

Gute Traditionen aufrechterhalten!

Notwendige Feststellungen zur Bundestagspraxis

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 1 / 29 Zeilen

Juso erproben ihre eigene Haltbarkeit

Erstes Fazit des Münchner Bundeskongresses

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Auf die Warnung Wehners hören!

Kohls Attacke läßt die Ziele der Opposition erkennen

Seite 4 / 37 Zeilen

Der Kalte Krieg muß auch für die DDR zu Ende sein

Sachliche Anmerkungen zur Aktion auf den Transitstraßen

Seite 5 / 41 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Holger Börner zum Juso-Bundeskongreß

Seite 6 / 29 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberdt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 97 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376811

Gute Traditionen aufrechterhalten !

**Notwendige Feststellungen zur Bundestagspraxis**

**Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages**

Die letzte Bundestagsatzung hat uns wieder einmal ins Bewußtsein gebracht, daß ein Parlament nicht nur nach den Bestimmungen von Verfassung und Geschäftsordnung, sondern glücklicherweise auch aus Traditionen lebt. Der Bundestag kennt eine Reihe solcher Traditionen, die nicht in schriftlichen Regeln festgehalten sind; z.B. daß die stärkste Fraktion jeweils den Bundestagspräsidenten stellt und daß dem Wunsch einer großen Fraktion auf Unterbrechung einer Sitzung in angemessenem Umfang entsprochen wird.

Zu den Traditionen gehört auch, daß der Deutsche Bundestag fast 25 Jahre lang an dem ungeschriebenen Grundsatz festgehalten hat, daß die Verhandlungsführung des Präsidenten im Plenum nicht kritisiert wird. In ständiger Praxis wird solche Kritik als Ordnungswidrigkeit behandelt. Die Einhaltung dieses auferlegten Verhaltens durch die Abgeordneten sollte nicht in Frage gestellt werden, weil andernfalls Ansehen und Würde des Hauses Schaden erleiden. Das berührt nicht den § 43 der Geschäftsordnung, der den Einspruch gegen Ordnungsruf oder Ausschluß regelt. Mit seiner Bestimmung, daß der Bundestag ohne Aussprache entscheidet, bestätigt er nur den Grundsatz, daß die Amtsführung des Präsidenten im Plenum nicht kritisiert werden darf.

Eine weitere Durchbrechung guter parlamentarischer Usancen sehe ich in den häufiger werdenden Zurufen zur Regierungsbank und den Antworten von dort und umgekehrt. Bei aller Kritik sollte es doch selbstverständlich bleiben, daß der Ort für die entsprechende Erwiderung und Zurückweisung von Kritik das Rednerpult bleibt.

Es wäre gut, wenn wir uns alle bemühen würden, gute Traditionen des Parlaments aufrechtzuerhalten, ohne sie kodifizieren zu müssen.

(-/29.1.1974/ks/pr)

+ + +

Juso erproben ihre eigene Haltbarkeit

Erstes Fazit des Münchner Bundeskongresses

Es ist noch nicht möglich, ein endgültiges Fazit des dreitägigen Münchner Bundeskongresses der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD zu ziehen. Was sich am Geburtsort der Juso-Doppelstrategie abgespielt hat, macht deutlich, daß sich die Jungsozialisten in einem Klärungsprozeß befinden, der zunächst in den eigenen Reihen mit aller Härte durchgestanden werden muß. Ein Klärungsprozeß, bei dem es um entscheidende politische Fragen geht, die in München zunächst sehr kontrovers und verwirrend, emotionsgeladen und unreflektiert angedebattiert worden sind. Einige Diskussionsbeiträge zum Verhältnis der Jungsozialisten zur SPD, zu Reform und Staat, die vor allem aus den Reihen der Vertreter des "Stamokap"-Flügels (= staatsmonopolistischer Kapitalismus) oder der Antirevisionisten oder Antireformisten kamen, gingen nicht nur an die Grenze der Belastbarkeit der Juso-Organisation, sondern überschritten z.T. die Belastbarkeit der Partei.

Deutlich wurde in München auch, daß sich Teile der Jungsozialisten durchringen müssen, endlich von der ausschließlichen Theoriediskussion zur praxisbezogenen Politik überzugehen. Der Verlauf des Münchner Kongresses erinnerte streckenweise an die "chaotischen" Auseinandersetzungen, wie man sie am Ende der Hochphase der Außerparlamentarischen Opposition (APO) bei den Konferenzen des Verbandes deutscher Studentenschaften erlebt hatte. Es wird höchste Zeit, daß sich jene Jungsozialisten, die politische Betätigung mit einer seminaristischen Diskussion verwechseln, darauf besinnen, aus den z.T. arrogant-elitären Theoriestübchen auszubrechen, um sich an der politischen Alltagspraxis zu orientieren. Sollte sich jene, wenngleich noch kleine Gruppe der Anhänger der "reinen Lehre", verstärkt bei den Jungsozialisten durchsetzen, dann ist die Gefahr gegeben, daß sich die Jugendorganisation der SPD auf die schiefe Bahn des praxiefernen Dogmatismus und der Scheinradikalität begibt, auf der die studentische Linke in den letzten Jahren zum großen Teil in die politische Bedeutungslosigkeit abgeglitten ist.

Die Wahl des neuen Bundesvorstandes, an der Spitze die Rüsselsheimer Gesamtschullehrerin Heidemarie Wiczorek-Zeul, aber auch Johann Strasser und

28. Januar 1974

Loka Mernizka, bietet die Chance, daß sich auch jene Gruppen innerhalb der Jugendorganisation, die in München zeitweilig den Aufstand zu proben versuchten, darauf besinnen werden, daß die Jusos innerhalb der SPD wichtige Aufgaben, vor allem im Bereich der jungen Generation, haben. Diese Aufgaben müssen verstärkt eingepackt werden, und die Beschlüsse zur Betriebs- und Schülerarbeit bieten hierfür eine Chance. Allerdings - und das an die Adresse der Juso-Seminaristen -: mit der Sprache, in der streckenweise auf dem Kongreß argumentiert wurde, kann man keinen jungen Arbeitnehmer hinter dem Ofen hervorlocken und für den demokratischen Sozialismus begeistern.

München 1974 hat bei der Sachdebatte über konkrete politische Fragen ein wenig erfreuliches Bild hinterlassen, was durch Enttäuschung und Frustration bei zahlreichen Delegierten erklärbar sein könnte. Es hat aber auch gezeigt, daß aufgrund der Wahl des Bundesvorstands die Kontinuität der bisherigen Juso-Arbeit gewährleistet sein dürfte. Der noch nicht abgeschlossene Klärungsprozeß muß in den eigenen Reihen zuendgeführt werden. Hier fällt dem neuen Bundesvorstand eine zentrale Aufgabe zu, die er schnell aufgreifen sollte. Bereits heute Urteile zu fällen, wäre voreilig. Diesem Vorstand, der genauso wie die große Mehrheit aller Jungsozialisten weiß, daß die politische Heimat nur SPD heißen kann und daß der Weg konsequenter Reformen der einzig gangbare ist, muß eine Chance gegeben werden. Das wird sicherlich ein Umdenken auch in Teilen der Mutterpartei erforderlich machen. Denn genau, wie die Jusos die SPD brauchen, braucht die SPD ihre Jugendorganisation.

Gode Japa  
(-/28.1.1974/ks/pr)

+ + +

Auf die Warnung Wehners hören !

Kohls Attacke läßt die Ziele der Opposition erkennen

"Wer im Jahre des 25. Geburtstages des Grundgesetzes so redet, der spricht eine Sprache, die nicht mehr die Sprache der Verfassungsordnung der Bundesrepublik ist." Man muß diesen Satz mehrfach lesen und sich dabei vor Augen halten, daß der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl damit den SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner gemeint hat, um sich völlig darüber klar zu werden, daß hier einer der böseartigsten Polittricks in der Geschichte der Bundesrepublik gemanagt worden ist. Wenn Worte überhaupt noch einen Sinn haben, dann soll hier von der Spitze der CDU aus versucht werden, den Sozialdemokraten Wehner aus dem demokratischen Bereich hinauszudrängen und ihn in den Bereich der Verfassungsfeinde hinüberzumanipulieren.

Was ist geschehen ? Herbert Wehner hatte im Bundestag in der ihm eigenen unerbittlichen und schneidenden Art die Ziele und die Methoden angeprangert, in denen sich CDU und CSU unter der geistigen Führung der Kohl-Carstens-Biedenkopf-Dregger-Strauß in den letzten Monaten und Wochen bemühen, die Kluft zwischen der Koalition und der Opposition mehr und mehr aufzureißen und zu vertiefen. Das alleinige Ziel ist die Wiederer kämpfung der politischen Macht in Bonn. Dabei sind der Führungs-Clique der Opposition alle Mittel recht, auch auf das einkalkulierte Risiko hin, daß die so erzwungene Polarisierung innerhalb der Demokratie schließlich die Demokratie selbst in ihren Grundfesten und in ihrem Bestand existenziell gefährden muß. Die Rücksichtslosigkeit, mit der hierbei vorgegangen wird und die die Unterstützung der noch aus dem Bundestagwahlkampf 72 so wohlbekanntesten Organisationen und Medien findet, macht nicht einmal mehr vor dem Unterfangen halt, den demokratischen Gegner der Verfassungsvertrauen und der Verfassungsfeindlichkeit zu zeihen, um ihn suspekt zu machen. Die für Mitte Februar vorgesehene "Verfassungsschutz"-Debatte soll ein erster Gipfelpunkt in dieser langfristig angelegten Kampagne sein, die an Bedenkenlosigkeit und Schädlichkeit ihresgleichen sucht.

Und jetzt zerrte der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl auch den SPD-Fraktionsvorsitzenden in dieses Ohle Spiel hinein! Wenn nun Alarm geschlagen wird, um alle Demokraten auf diesen Politikandal hinzuweisen, dann geschieht aber es nicht nur, um Herbert Wehner zur Seite zu stehen und ihn gegen die christdemokratische Unfairneß abzuschirmen. Dieses Alarmeschlagen erfolgt auch, um in der ganzen Bundesrepublik klar und deutlich zu machen, daß sich hier ein Manöver abzeichnet, das den ganzen Staat und seine Gesellschaft in eine Katastrophe hineindrücken könnte, wenn nicht rechtzeitig hart und rauh ein Ende geboten wird. Herbert Wehner wußte genau, wovon er sprach. Wir alle müssen auf den Warner hören.

(ee/28.1.1974/ks/ee)

+ + +

Der Kalte Krieg muß auch für die DDR zu Ende sein

Sachliche Anmerkungen zur Aktion auf den Transitstraßen

Nach einem Wochenende, das für bestimmte Leute ganz im Zeichen des wiederholten, aber diesmal wohl endgültigen totalen Zusammenbruchs der gesamten sozialliberalen Deutschland- und Ostpolitik stand, teilte die DDR am Montag mit, daß die Kontrollen auf den Straßen zwischen Bundesrepublik und Berlin "in keiner Weise" das Transitabkommen betreffen, sondern der "Fahndung nach Verbrechern" gegolten hätten. Es gibt konkrete Anhaltspunkte dafür, daß sich die martialisch sogar mit Maschinenpistolen auftretenden Volkspolizisten und NVA-Soldaten auf der Massen-Jagd nach unglücklichen Zeitgenossen und nicht in politischer Mission befanden.

Wenn letzteres - etwa im Zusammenhang mit der Etablierung des Umweltbundesamtes in Westberlin - jemals zutreffen sollte, wofür gegenwärtig freilich keinerlei Beweise vorliegen, dann müßte die Bundesregierung in aller Schärfe reagieren; der ungehinderte Transitverkehr ist schließlich Kernstück des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin und somit eine tragende Säule der Ost-West-Beziehungen. Von einer Affäre in dieser Größenordnung kann nun zum Glück keine Rede sein. Dennoch muß aber in dem für solche Vorkommnisse zuständigen Gremium, der gemischten Transitkommission, sehr rasch ein umfassendes und sicheres System entwickelt werden, das solche Zwischenfälle, die ja durchaus nicht ohne politische Brisanz sind und gefährlich eskalieren können, steuert und entschärft.

Es ist beispielsweise nicht einzusehen, warum die Kontrollen in der Art durchgeführt wurden, daß man Reisende fünfmal und noch häufiger behelligte. Vor allem ist kein Grund ersichtlich, warum die Antwort des Leiters der DDR-Delegation in der Transitkommission auf die Anfrage seines bundesrepublikanischen Kollegen vom Samstag erst am Montagmorgen erteilt wurde, nachdem bereits erheblicher Wirbel entstanden war. Bessere Information und Konsultation können hier viel für beide Seiten Unerprießliches vermeiden. So muß sich die DDR auf jeden Fall verhalten lassen, daß sie für ihre Maßnahmen keine Rechtfertigung vorzubringen hat und sich nicht vertragskonform verhielt.

Wenn es stimmen sollte, was manche Beobachter meinen, daß die Kontrollen zwar tatsächlich Bestandteil einer "Fahndung nach Verbrechern" waren, die DDR-Verantwortlichen in der Aktion aber auch einen willkommenen Anlaß sahen, zu demonstrieren, über welche Möglichkeiten sie so verfügten, so wäre das seitens Ostberlins eine sehr kurze Perspektive. Die Zeit der kalten Krieger kommt nicht wieder, auch nicht für die DDR. Diesen Tatbestand sollten atmosphärische Störungen nicht verdecken. Es ist anzunehmen, daß dies auch in der Folge der Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten deutlich zutage tritt.

(pr/28.1.1974/Vo/pr)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Holger Börner zum Jusso-Bundeskongreß  
-----

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, MdB Holger Börner hat, ohne einer sorgfältigen Prüfung der Beschlüsse des Münchner Bundeskongresses der "Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD" durch den SPD-Vorstand vorgereifen zu wollen, folgende erste Stellungnahme abgegeben:

Verlauf und Diskussionen des Kongresses haben gezeigt, daß die Jungsozialisten in zentralen Fragen in einem notwendigen Klärungsprozeß stehen. Es ist zu bedauern, daß trotz der dringenden aktuellen Probleme kaum Beiträge zur Strategie des demokratischen Sozialismus geleistet wurden, die für unsere praktische politische Arbeit anregend und weiterführend wären.

Jochen Steffen hat in seinem Hauptreferat zahlreiche Ansatzpunkte für eine solche Diskussion aufgezeigt. Leider haben sehr viele Delegierte diese Ansätze nicht aufgegriffen und es vorgezogen, in weiten Teilen eine seminaristische Diskussion zu führen. Eine Erklärung dafür ist wahrscheinlich die Ferne zahlreicher Teilnehmer zur politischen Alltagspraxis.

Die Jungsozialisten haben innerhalb der SPD wichtige Aufgaben, vor allem im Bereich der jungen Generation unseres Landes. Sie müssen den Dialog mit Lehrlingen, Schülern und Studenten führen. Allerdings müssen sie sich - wie andere Teile der Partei - der innerparteilichen Kritik stellen und sich am Erfolg ihrer Arbeit messen lassen.

In kritischer Solidarität haben Gesamtpartei und Arbeitsgemeinschaft bisher wichtige Beiträge für Weiterentwicklung unserer Gesellschaft geleistet. Die SPD hat 1968 als einzige Partei die Herausforderung der enttäuschten jungen Generation angenommen. Die zynischen Reaktionen der Konservativen werden die SPD nicht davon abbringen, diesen Weg konsequent weiterzugehen. Niemand kann davon ablenken, daß die Sozialdemokratie auch heute noch die einzige politische Kraft in unserem Lande ist, die es mit ihrem Angebot an die Jugend ernst meint.

Die SPD ist überzeugt, daß die große Mehrheit der Jungsozialisten in dieser kritischen Phase den Weg konsequenter Reformen gehen wird.

(-/28.1.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert